Protokoll

zur 23. Sitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr

am 23.06.2004

Beginn: 16:30 Uhr Ende: 18:50 Uhr

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden, Herrn Raabe (IVU), Herrn Bruhn (BVG) und bittet den Ausschuss die Einladung um TOP 1 a – Sachstand des Konzeptes BVG 2005 plus - zu erweitern.

TOP 1 - Öffentliche Bürgerfrageviertelstunde

Es sind keine Bürger erschienen.

TOP 1 a – Sachstand des Konzeptes BVG 2005 plus

Der Ausschussvorsitzende lässt zusammengestellte Informationen der BVG in Form eines Hefters durch den Ausschuss gehen und teilt mit, dass dieser im BVV-Büro hinterlegt ist. Er bittet Herrn Bruhn vier Exemplare, die den Teil der Verkehrsströme in Steglitz-Zehlendorf darstellen, den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Herr Raabe (IVU) stellt in einem kurzen Beitrag den neuen Sachstand dar und erklärt die Besonderheiten bei acht Buslinien, u.a. X 10, 118, M 76, 183 (M 83), 184, 284 und 285.

Herr Bruhn (BVG) unterstreicht das Interesse der BVG durch die Änderung der Buslinien auch die Auslastung der U-Bahnen zu verbessern (Warschauer Straße und Wittenbergplatz).

BV Ronnisch (SPD) teilt mit, dass Wünsche an ihn herangetragen worden sind mit der Bitte, diese an die BVG weiterzuleiten, u.a. Matterhornstraße (Buslinie 112), Riemeisterstraße, U-Bahn nur mit sechs Wagen und Kritik an dem dynamischen Zugzielsystem, welches nicht angewandt wird.

Herr Bruhn (BVG) bittet um die Übermittlung der Stellungnahme bis Ende des Monats Juni 2004.

BV Weihe (SPD) hinterfragt die Buslinienführung 284 Lichterfelde-Ost bis Tempelhof.

BV Eichstädt (CDU) teilt mit, dass die Bürger unruhig werden bzw. sind und fragt, wie und ob Kundenbefragungen stattfinden.

Herr Raabe (IVU) teilt zur Buslinie 112 Matterhornstraße mit, dass die Auslastung weiterhin sehr schlecht sei und dass er über keine veränderten Kenntnisse verfügt bzw. dass die Planung zur Einstellung der Linie bestehen bleibt. Zur Riemeisterstraße – Argentinische Allee (Buslinie 211) bleibt die Linienführung unverändert. Zur Buslinie 284 erklärt er die Linienführung (Thermometersiedlung).

Zum Kundendialog sagt er, dass dieser in allen Bezirken durchgeführt wurde, durch Info-Stände, Internet und Omnibusse. Ca. 25.000 Bürger haben sich daran beteiligt. Die Kundenbefragung lief in Zehlendorf sehr positiv. Die Zehlendorfer Bevölkerung tendiert in Richtung Metro-Linien und hat Vorschläge eingebracht, die in das Konzept der BVG mit eingeflossen sind.

BauDez bestätigt die Art der Kundendialoge und bedankt sich für den Plan mit der neuen Linienführung.

Die Stellungnahme der Fraktionen müssen bis Ende des Monats an Herrn Bruhn gesandt werden, sie sollten auch in Kopie BauDez zur Kenntnis gegeben werden.

Aus dem Ausschuss kommen folgende Fragen:

1. Bismarckstraße / Walther-Schreiber-Platz (BV Jahnke)
2. Buslinie 285 Schloßstraße / Wertheim Richtung Hindenburg (BV Sunkel)
3. Buslinie X 10 führt ins Umland. Wird das Umland stärker einbezogen, sind dadurch andere Linien betroffen. (BV Wollschläger)
4. Buslinie Klingsorstraße / Hindenburgdamm (BV Reinhardt)
5. Augustastraße Meldestelle (BV Ehlgötz)

Herrn Raabe (IVU) gibt zu folgenden Fragen Auskunft:

Zu 1. Die Taktzeit beträgt 5 Minuten. NVZ alle 10 Minuten, das Verkehrsangebot ist ausreichend.

Zu 5. Die Meldestelle am Augustaplatz hat keine große Auslastung.
BauDez teilt dazu mit, dass die Meldestelle Kreisel noch in diesem Jahr in den Steglitzer umziehen soll (12. Stock)

Herr Bruhn (BVG) beantwortet die restlichen Fragen wie folgt:

Zu 2. Die Buslinien 185 / 285 haben ein dichtes Taktkonzept, sie werden sich auch in Zukunft mit der M 85 ergänzen. Diese Hinweise sind per Flugblatt in die Haushalte verteilt worden. Es stehen Überlegungen an, die Fahrbahnaushänge umzustrukturieren.

Zu 3. Die Einbeziehung des Umlandes betrifft auch die Kreisverwaltungen, wie auch den Verkehrsverbund u.v.a., d.h. es müssen enge Abstimmungsgespräche stattfinden. Erst wenn die S-Bahn nach Teltow in Betrieb geht, werden die Gespräche beginnen.

Zu 4. Siehe 2.

BV Eichstädt für die Fraktion der CDU lobt die kompetenten Auskünfte und die gute Vorbereitung von Herrn Raabe und Herrn Bruhn.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich und teilt mit, dass die Stellungnahmen gesondert an die BVG gesandt werden sollen.

TOP 2 – Bezirkliches Ordnungsamt (Zuständigkeit pp.)

BauDez gibt einen Bericht zum Aufbau der Ordnungsämter ab.

Das Abgeordnetenhaus hat am 17.6.2004 das Gesetz zur Einrichtung bezirklicher Ordnungsämter (OÄErrG) beschlossen.

Ziel des Gesetzes ist die Errichtung bezirklicher Ordnungsämter und Verankerung und Aufgabenfestlegung im Bezirksverwaltungsgesetz.

Es wird ein neues bezirkliches Leistungs- und Verantwortungszentrum geschaffen.

Aufgabe des Ordnungsamtes ist es die bisher nicht wahrgenommenen Aufgaben der Sicherung der allgemeinen Ordnung in öffentlichen Raum wahrzunehmen.

Hierzu wird ein allgemeiner Ordnungsdienst mit 22 Mitarbeitern (11 Doppelstreifen) geschaffen. Diese sollen im öffentlichen Raum, insbesondere in den Parks und Grünanlagen des Bezirks Ordnungswidrigkeiten verfolgen, ahnden und Maßnahmen der Gefahrenabwehr ergreifen.

Dies sind insbesondere: Radfahren und Skaten in Parks und Grünanlagen, nicht angeleinte Hunde, Nichtbeseitigung von Hundekot, nicht erlaubtes Grillen im Park, Vermeidung und Ahndung von Müllablagerung und Vermüllung der Grünanlagen. Einschreiten bei Nachbarschaftslärm.

Die für den Ordnungsdienst anzuwerbenden Mitarbeiter - insbesondere aus dem Zentralen Personalüberhangmanagement-, werden 8 Wochen zur Vorbereitung auf die Aufgaben bei der Landespolizeischule ausgebildet. Vermittelt werden u.a. Verhaltenstraining, Einsatztraining, Kommunikation mit Bürgern, Konfliktbewältigung, Rechts- und Dienstkunde, Eingriffsbefugnisse, Erste Hilfe und Sport. (erster Kurs 05.07.2004)

Die Mitarbeiter erhalten eine blaue Dienstuniform mit Bezirkswappen und der Aufschrift Ordnungsamt , im nächsten Jahr ein Eingabegerät ähnlich der „Politessen“ zur Aufnahme der Ordnungswidrigkeiten, ein Handy und eine Digitalkamera zur Beweissicherung. Zur Eigensicherung sollen ein Schlagstock und Pfefferspray zur Ausrüstung gehören.

Der Einsatz ist im Schichtdienst geplant: Montag bis Freitag 8.00 bis 20.00 Uhr und am Wochenende bis 22.00 Uhr. Die Rahmenarbeitszeit wird von 8.00 bis 22.00 Uhr festgesetzt.

Die Eingruppierung erfolgt nach Vgr. VII/VIb BAT bzw. Bes. Gr. A 6 oder A 7.

Der Personalservice hat den Bedarf an Mitarbeitern im bezirklichen Mitteilungsblatt bekannt gegeben.

Seit dem 21.6.2004 werden die Mitarbeiter des BA beim Start des PCs auf den Bedarf hingewiesen. Es fanden mehrere Informationsveranstaltungen mit Personalüberhangkräften statt. 15 Mitarbeiter aus dem Personalüberhang oder aus anderen Behörden haben ihr Interesse bekundet. Aus dem BA Steglitz-Zehlendorf haben ebenfalls rd. 10 Mitarbeiter Interesse am Außendienst bekundet. Ein erstes Bewerbergespräch wurde mit 4 Mitarbeitern geführt; weitere Gespräche werden terminiert. Vom Zentralen Personalmanagement wurde Personal für den Aufbau des Ordnungsamtes angefordert. Es ist geplant mit PS Gespräche über den Abschluss von Jahresverträgen für die jetzt zur Prüfung angemeldeten Fachangestellten für Bürokommunikation und der Kaufleute für Bürokommunikation zu führen. Allein aus dem Personalüberhang und aus eigenen Kräften kann der Bedarf nicht gedeckt werden.

Weitere Aufgaben des Ordnungsamtes:

Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich des ruhenden Verkehrs und deren Ahndung. Diese Aufgabe einschl. der bisher beim Polizeipräsidenten angesiedelten 20 Polizeiangestellten (PAngVÜD) und die Einnahmen werden vom Polizeipräsidenten auf die Bezirke abgeschichtet und dem Ordnungsamt unterstellt. Die Bearbeitung der Ordnungswidrigkeitsverfahren wird weiterhin zentral bei der Bußgeldstelle des Polizeipräsidenten erfolgen.

Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich der Parkraumbewirtschaftung. Diese Aufgabe einschl. der bisher beim Polizeipräsidenten angesiedelten 28 Polizeiangestellten (PAngPRK) und die Einnahmen werden vom Polizeipräsidenten auf die Bezirke abgeschichtet. Die Bearbeitung der Ordnungswidrigkeitsverfahren wird weiterhin zentral durch die Bußgeldstelle beim Polizeipräsidenten gespeichert und weiterbearbeitet.

Des Weiteren werden Aufgaben der Straßenverkehrsbehörde auf die Bezirke abgeschichtet. Die zentral wahrzunehmenden Aufgaben der Straßenverkehrsbehörde werden in einer neuen Behörde, der Verkehrslenkung Berlin (VLB) zusammengefasst.

Abgeschichtet werden im wesentlichen folgende Aufgaben:

Erlaubnisse, Ausnahmegenehmigungen im untergeordneten Straßennetz,

Erlaubnisse in Hauptverkehrsstraßen ohne Einfluss auf den fließenden Verkehr

Erlaubnisse zur Baustofflagerung,

Anordnungen für Verkehrszeichen im untergeordneten Straßennetz.

Erteilung von Vignetten für die Anwohnerparkzonen.

Für diese Aufgabenwahrnehmung im Bezirk Steglitz-Zehlendorf werden 10 Mitarbeiter voraussichtlich Mitte Juli 2004 offiziell zugeteilt.

Des Weiteren werden nach jetzigem Kenntnisstand 3 PKWs als Dienstfahrzeuge an den Bezirk übertragen.

In der BA-Sitzung am 08. Juni 2004 hat das Bezirksamt beschlossen, das neu einzurichtende Ordnungsamt der Abt. Bauen, Stadtplanung und Naturschutz organisatorisch zuzuordnen.

Das Ordnungsamt wird zum 01.09.2004 seinen Dienstbetrieb (eingeschränkt) aufnehmen. Dienstsitz ist das Gebäude Am Fichtenberg 25 / Unter den Eichen 1.

Planungen zum Umbau und zur Einrichtung des Gebäudes werden zz. erarbeitet. Mit der Direktion 4 – Verkehrsdienst werden Gespräche bezüglich der Raumausstattung, der Dienstpläne und der bisher überwachten Straßenzüge geführt.

Für die Einrichtung des allgemeinen Ordnungsdienstes werden an Sachmitteln für das Jahr 2004 110.000 € und für 2005 115.318 € von Sen Fin bereitgestellt. (5000,00 € / Person)

Die genaue Aufgabenzuteilung ist im Bezirksamt noch im Gespräch. Der partielle Übergang wird abgesprochen. Die Dissenzliste wird nach der Urlaubszeit vom Bezirksamt aufgearbeitet.

BV Körner (CDU) teilt mit, dass viele Ordnungsaufgaben nicht den Bereich Bauen betreffen, ferner fragt er, ob es mit der Abschichtung diesmal anders läuft.

BauDez erklärt, dass die Aufteilung der Ordnungsaufgaben im Bezirksamt besprochen und diskutiert wird. Im August wird mit einem Ergebnis gerechnet. Die Information erfolgt im nächsten Bau-Ausschuss. Zur Frage der Abschichtung erklärt BauDez, dass Gespräche mit Mitarbeitern geführt werden, Stellendotierungen vorliegen ebenso Stellenschlüssel.

BauDez erklärt, dass erste Gespräche mit der Bezirksstadträtin Frau Otto (JugGesUm) stattgefunden haben. Es wurde Vorsorge getroffen, dass Mittel der baulichen Unterhaltung für die notwendigen Umbauarbeiten am Gebäude des Ordnungsamtes bereits stehen. Außerdem wird ein RdB-Sonderausschuss gebildet, dem alle 12 zuständigen Stadträte angehören.

TOP 3 - Anträge

TOP 3.1 – Wirtschaftsförderung in den Tourismusgebieten von Steglitz-Zehlendorf - Drs.-Nr. 924 / II

Die Fraktion der FDP bittet um Vertagung, da der Senat gerade eine Initiative zur Vereinfachung der Rechtslage ergriffen hat und die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses abgewartet werden sollten.

TOP 3.2 – Umweltschutz beim Bau von Sporthallen und –anlagen – Drs.Nr. 1029 / II

Nach kurzer Diskussion, in der BauDez berichtet, dass das Amt die Anregungen schon berücksichtigt, erklärt die FDP, dass sie den Antrag durch Amtshandeln als erledigt ansieht. Der Antrag wird zurückgenommen.

TOP 3.3 – Straßennamen nach dem 30. Januar 1933 – Drs.-Nr. 1083 / II

Nach kurzer Diskussion wird der Antrag mit 6:8:0 Stimmen abgelehnt.

TOP 3.4 – Geschäftsleben am Hindenburgdamm – Drs.-Nr. 1096 / II

BV Sunkel (FDP) erläutert den Antrag näher. Größtes Problem sind Dauerparker, die die dort ansässigen Geschäftsleute schädigen.

BauDez erklärt, dass eine Prüfung vor Ort stattfinden sollte, um die Möglichkeit zu haben, die Kurzparkbereiche flexibler gestalten zu können.

BV Ronnisch (SPD) fragt, ob Erfahrungswerte vorliegen in der Mischung zwischen Kurzzeit- und Dauerparkplätzen.

BauL liegen dazu keine Erkenntnisse vor. Die Änderung des Antrages aus dem Wirtschafts-Ausschuss sollte der Straßenverkehrsbehörde vorgelegt werden.

BV Sunkel (FDP) bittet darum, nur die Bereiche direkt vor den Geschäften speziell zu den Geschäftszeiten in Augenschein zu nehmen.

BV Kottusch-Geiseler (FDP) erklärt, dass sich die Parkraumbewirtschaftung positiv auf den täglichen Wirtschaftsverkehr, flankiert mit den Dauerparken der Anwohner, auswirkt.

Der im Wirtschafts-Ausschuss geänderte Antrag wird mit 14:0:0 Stimmen angenommen.

TOP 3.5 – Kundenfreundlichkeit der BVG wiederherstellen – Drs.-Nr. 1159 / II

BV Hampel (Grüne) bittet um Änderung des Antragstextes, der wie folgt lauten soll:

Absatz 2 entfällt, dafür wird Folgendes aufgenommen:

Die im Buskonzept BVG 2005 plus vorgesehene Linienführung des Busses 283 wird statt direkt über den Hindenburgdamm ab Klingsorstraße über die Augustastraße, Augustaplatz, Manteufelstraße, Moltkestraße, Gardeschützenweg und Hindenburgdamm zum S- und U-Bahnhof Steglitz geführt.

BV Reinhardt ist gegen die Änderung des Antragstextes, da die Meldestelle in den Kreisel geht.

BV Sunkel ist gegen eine Buslinie in der Moltkestraße, da dies dort Parkplätze kostet.

Der geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt und mit 2:12:0 Stimmen abgelehnt.

TOP 3.6 – Angebotsstreifen unter der Bahnbrücke Königsberger Straße – Drs.-Nr. 1172 / II

Die Fraktion der Grünen schlägt eine Textänderung vor, die so formuliert sein soll, dass auch ein Radweg auf dem Gehweg möglich sei.

BauDez erläutert dazu, dass bei dem Neubau der Brücke der Querschnitt aus finanziellen Gründen nicht aufgeweitet werden konnte. Bei einer externen Finanzierung beispielsweise durch SenStadt wären aber Alternativen möglich.

Die Fraktionen der FDP und CDU sehen hier eine Gefährdung für die Radfahrer auf dem Fahrdamm unter der Brücke.

BV Eichstädt (CDU) macht den Vorschlag, dass ein allgemeiner Prüfauftrag an das Amt gestellt werden soll.

Die Fraktion der Grünen legt einen neuen Antragstext vor:

„Das Bezirksamt wird ersucht zu prüfen, ob unter der Bahnbrücke über die Königsberger Straße in beiden Fahrtrichtungen Radwege auf den Bürgersteigen oder Angebotsstreifen auf der Fahrbahn eingerichtet werden und in Richtung Kranoldplatz der abknickenden Vorfahrt folgend ein gestrichelter Angebotsstreifen markiert werden kann. Damit wird den Radfahrern ein verbesserter Schutz bei der Enge der Unterführung geboten."

Die Fraktion der CDU bittet das Amt zu gegebener Zeit um die Vorstellung der geänderten Pläne.

Der geänderte Antrag wird mit 14:0:0 Stimmen angenommen

Aufgrund der Kürze der Zeit werden die TOPs 3.7 bis 3.10 in den nächsten Ausschuss vertagt.

TOP 4 – Bericht aus dem Bezirksamt

1. Entwicklung der Tiefbau-Gefahrenstellen im Jahr 2004

   BV Hampel hatte im vorletzten BAU-A. danach gefragt. Die Mittelsituation am 21.06.2004 war die folgende:

   Ansatz: 1.000.000 € davon festgelegt: 721.056,30 € (=72,1 %) davon angeordnet: 406.965,59 € (=40,7 %)

   Die Erledigung von Mängelzetteln hatte am 31.05.2004 folgenden Stand:

   Anzahl der geschriebenen Mängelzettel: 4458
   Anzahl der erledigten Mängelzettel: 3913

   Fazit: Eine Verstärkung des Ansatzes in 2004 ist unumgänglich. Eine erste Verstärkung in Höhe von 200 T€ (aus Umwandlung von I-Mitteln) hat das BA am 25.05.2004 beschlossen.

2. Anfrage des BA Charl-Wilm zu Tempo 30 für den Straßenzug Laubacher Straße – Maßmannstraße - Lepsiusstraße

   BzStRin Schmiedhofer vom BA Charlottenburg-Wilmersdorf hat bei BauDez angefragt, ob das BA Stegl-Zehl den BVV-Beschluss vom 25.3.04 zu Tempo 30 in der Laubacher Straße für die nachfolgenden, vergleichbaren Straßen Maßmannstraße und Lepsiusstraße übernehmen möchte. BauDez hat dem BA Charlottenburg-Wilmersdorf eine nochmalige Zwischennachricht gegeben, da das Thema im BAU-A. am 23.6.04 diskutiert werden soll. Die kurze Diskussion im Ausschuss zeigt auf, dass die Mehrheit der Ausschussmitglieder keine Notwendigkeit sieht, die Tempo-30-Prüfung auf den Steglitzer Straßenzug auszuweiten.

   BV Hippe merkt an, dass er keinen Grund für eine durchgängige Tempo – 30 - Regelung sieht, dies ist eher eine politische Entscheidung, er kennt auch die Unfallhäufigkeit nicht. Anhaltspunkte müssen Verkehrsbeschränkungen sein. Er fragt, ob Beschwerden vorliegen und ob es Messungen gegeben hat.

   BauDez meint, dass Umwelteinflüsse eine Ursache sein können.

   BV Rönnisch (SPD) ist für die Einrichtung von Tempo-30.

   BV Eichstädt (CDU) sieht die Begründung von BV Rönnisch als zu ideologisch, ist nicht überzeugt.

   BV Hampel ist sehr verwundert und versteht die Reaktionen nicht, er ist für eine Prüfung, ob die Maßnahme sinnvoll sei.

   BauDez teilt mit, dass der Bezirk Tempelhof-Schöneberg nicht gefragt wurde. Er erkennt aber, dass das Stimmungsbild eher negativ sei.

3. Behinderten-WC am Kronprinzessinnenweg Ecke Hüttenweg

   Am 21. Mai 2004 hat die Fa. WALL AG einen general-überholten, behindertengerechten WC-Container an der Stelle des alten WC-Containers aufgestellt. Die Behindertentoilette ist abgeschlossen und kann von Behinderten mit einem Spezialschlüssel geöffnet werden.

   Die Umsetzung der straßenverkehrsbehördlichen Anordnung zur Ordnung des ruhenden und fließenden Verkehrs am Großen Stern wurde vom Amt zz. zurückgestellt, da das LPVA keine weiteren Parkplätze im Kronprinzessinnenweg anordnen will.

   Das Amt hatte drei Bewerbern um einen Kiosk am Großen Stern gut begründete Ablehnungsbescheide erteilt. Zwei Antragsteller (Wühr und Mey) haben inzwischen „Einspruch“ (=Widerspruch) gegen diese Entscheidung eingelegt.

4. Wechsel des Stromversorgers für das Land Berlin

   Das Amt gibt bekannt, dass sich das Land Berlin nach los-weiser, europaweiter Ausschreibung an zwei neue Unternehmen hinsichtlich der Stromversorgung ab 1.1.2005 gebunden hat:

   + Fa. Lichtblick (im Bezirk dann Lieferant für Verwaltungsgebäude, Schulen, Kitas)

   + Fa. Electrabel (im Bezirk dann Lieferant für Sport-, Grünanlagen, Friedhöfe, Bibliotheken und Freizeiteinricht.)

   Beide Unternehmen lösen somit die BEWAG als Stromlieferanten für die Einrichtungen des Landes Berlin ab. Das Amt hat ermittelt, dass für die Jahre 2005 und 2006 die Stromkosten des Bezirkes insgesamt um ca. 86.000 € pro Jahr steigen werden.

5. Änderung der Parkgebührenordnung / Stand des Verfahrens vor dem VG Berlin zur PRB

   Das Amt hat keine Änderungsvorschläge zur geplanten Änderung der Parkgebührenordnung eingebracht. Nach dieser Änderung ist vorgesehen, dass nunmehr die Kommunen die zeitliche Staffelung der Gebührenschritte, die Höhe der Parkgebühren und die Möglichkeiten des kostenlosen Parkens (Brötchentaste) selbst bestimmen können. Die Änderung ist noch nicht in Kraft getreten.

   Eine Nachfrage bei SenStadt ergab, dass es noch keinen neuen Sachstand im VG-Verfahren zur Rechtmäßigkeit der PRB in der Breite Straße gibt.

6. Änderung der Markierung an der LSA Berliner Straße/ Unter den Eichen/ Thielallee/ Dahlemer Weg

   Das Amt konnte erreichen, dass – aufgrund der BVV-Drs. 936/II – die Straßenverkehrsbehörde die Entfernung der „Geradeaus-Pfeilmarkierung“ im mittleren Fahrstreifen des Dahlemer Weges angeordnet hat. Somit kann nunmehr auch aus diesem Fahrstreifen nach rechts abgebogen werden. Das Amt hat die Änderung Anfang Juni umgesetzt.

7. FGÜ in der Curtiusstraße (vor LIDL) wieder angeordnet

   Das Amt hatte der Straßenverkehrsbehörde mitgeteilt, dass im Bezirksamt kein Einvernehmen zu einer Aufnahme der Curtiusstraße in die umliegende Tempo-30-Zone hergestellt werden konnte. Daraufhin hat die Straßenverkehrsbehörde die aus diesem Grunde ausgesetzte Anordnung eines FGÜ wieder in Kraft gesetzt.

Da neben der baulichen Anlage, die durch LIDL finanziert wird, auch noch die öffentliche Beleuchtung verbessert werden muss, hat sich das Amt an SenStadt gewandt, um zu erfahren, ob dies aus Mitteln des FGÜ-Sonderprogrammes möglich ist. Nach Auskunft der Bewag werden zur ordnungsgemäßen Beleuchtung des FGÜ allein ca. 23 T€ benötigt. Das Amt wird noch einmal prüfen, ob auch diese Kosten LIDL auferlegt werden können.

8. Anordnung für zwei neue FGÜ in der Klingsorstraße

Das Amt hat die Anordnung der Straßenverkehrsbehörde über zwei neue FGÜ in der Klingsorstraße erhalten, und zwar in Höhe Dalandweg und in Höhe Barsekowstraße. Die Verkehrszählungen sowohl des Fußgängerverkehrs als auch des Kfz-Verkehrs lassen die Anordnung eines FGÜ zu. Da diese FGÜ nicht vom Amt vorgeschlagen wurden, sondern offensichtlich von dem von SenStadt beauftragten Büro, geht das Amt davon aus, dass die Umsetzung aus Mitteln des FGÜ-Sonderprogrammes möglich ist.

9. Anordnung für Verkehrszeichen an der neuen Mittelinsel in der Wismarer Straße /Eugen-Kleine-Brücke

Das Amt hat die Anordnung der Straßenverkehrsbehörde für Verkehrszeichen an der neuen Mittelinsel in der Wismarer Straße erhalten. Diese Mittelinsel trägt zur Verbesserung der Überquerungsmöglichkeit im Zuge der Radroute entlang des Teltowkanals bei. Die Finanzierung wird aus Mitteln des Radverkehr-Sonderprogrammes bei SenStadt erfolgen.

10. Anordnung von Gewichts- und Geschwindigkeitsbeschränkung in der Bäkestraße (Steglitz)

Die Straßenverkehrsbehörde hat aufgrund baulicher Mängel an der Bäkebrücke eine Gewichtsbeschränkung auf 3,5 t und eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h angeordnet. Das Amt hat diese Anordnung aus Gründen der Verkehrssicherheit (Gefahr im Verzug) am 13.05.04 ausgeführt. Das Amt unterrichtet heute nachträglich den Bauausschuss über diese Maßnahme.

11. Stand des Projektes „Umfassende Neuordnung der planenden und bauenden Bereiche der Bezirke“

Im Lenkungsgremium am 18. Mai 2004 haben sich drei Unternehmensberatungsgesellschaften vorgestellt, die sich um die externe Begleitung dieses Projektes beworben hatten. Das LG hat beschlossen, mit einer Firma in Vertragsverhandlungen einzutreten. Diese sind erfolgreich durchgeführt worden, so dass in Kürze von SenStadt der Vertrag mit dem externen Begleiter abgeschlossen werden wird.

12. Stand der diesjährigen Projekte im „Schul- und Sportanlagen-Sanierungsprogramm“

Alle Baumaßnahmen, die zwangsläufig in den großen Ferien durchgeführt werden müssen, sind soweit vorbereitet, dass die Umsetzung termingerecht beginnen kann. Bei einigen anderen Projekten wird die Ausführung bis in den Herbst andauern.

13. Ergebnis der diesjährigen Asbest-Neubewertung des Steglitzer Kreisels

Der FB Hoch hatte das Büro Hänska mit der fälligen Neubewertung der Asbest-Fundstellen im Steglitzer Kreisel beauftragt. Das Ergebnis war, dass in 11 Dienstzimmern und in einem Flurbereich die Fundstellen von Dringlichkeitsstufe (DS) II nach DS I aufgewertet wurden (aufgelöste Promabestplatten im Fensterbereich durch Feuchtigkeitseinwirkung).

Die Zentralen Dienste haben die betroffenen Diensträume vorläufig gesperrt. Ob und wann sie saniert werden, hängt vom Raumbedarf und vom Ausgang der Machbarkeitsstudie ab.

14. Stand der Beauftragung der Machbarkeitsstudie Steglitzer Kreisel

Der ausgewählte Auftragnehmer hat den vom FB Hoch ausgearbeiteten und mit SenStadt abgestimmten Vertrag bereits am 9.6.04 unterzeichnet. Er hat mit den Vorarbeiten bereits begonnen. Das Bezirksamt wird den Vertrag voraussichtlich in der nächsten Woche unterzeichnen. Dies hat den Grund darin, dass dem AN möglichst vollständige Unterlagen über das Gebäude übergeben werden sollen und dazu auch Unterlagen vom zweiten Teileigentümer Becker&Kries gehören, die noch nicht vorliegen. Da mit Vertragsunterzeichnung die 3-monatige Bearbeitungszeit läuft, hätte eine Nichtbereitstellung der Unterlagen zu Behinderungsanzeigen oder zu nicht vollständigen Ergebnissen durch den AN führen können. Nach dem neuen Zeitplan kann jetzt Ende September mit der Abgabe der Machbarkeitsstudie gerechnet werden.

15. Stand der Beratung über Tempo 30 Garystraße im Bezirksamt

BauDez berichtet, dass das BA am 22.06.2004 beschlossen hat, die Anordnung zu Tempo 30 in der Garystraße nicht umzusetzen.

TOP 5 Verschiedenes

McNair

Am heutigen Tage wurde bekannt gegeben, dass der Bauträger für die McNair-Siedlung Konkurs angemeldet hat. Wie sieht BauDez den weiteren Weg.

BauDez liegen dazu keine Informationen vor.

BV Hippe bittet zu klären, wenn eine Nichtnutzung vorliegt und die Baugenehmigung ausläuft soll nichts Steinernes darauf gebaut werden. BauDez sagt zu, dies zu prüfen und sich mit SenStadt in Verbindung zu setzen, damit eine Entscheidung über Kaufland getroffen wird.

Frau BV Kottusch-Geiseler (FDP) möchte wissen, ob die Bodenverseuchung auf McNair beseitigt worden ist.

BauDez bejaht dies.

Fahrradabstellanlagen Lichterfelde-West

BauL hat darüber keine Informationen, wird sich aber darum kümmern.

BV Sunkel (FDP) hat eine Frage zum Protokoll vom 31.03.2004 betr. Straßenbauarbeiten Ringstraße – historisches Bild – wird es so bleiben.

Bau L erklärt, dass es keine Gehwegverstreckungen geben wird. Das Ortsbild wird erhalten bleiben.

BV Eichstädt (CDU) übergibt BauDez ein Fensterstück der Mühlenau-GS.

Weitere Fragen:

1. Baseler Straße, halbseitiges Parken, können Schilder weg, damit ganz auf der Straße geparkt wird.
2. Dauerparken von Wohnmobilen in der Augustastraße/Grabenstraße/Langestraße.

Der Vorsitzende bedankt sich bei dem Ausschuss und beendet die Sitzung um 18:50 Uhr.

Klaus Eichstädt

(lt. Absprache im Bauausschuss vom 09.09.2004)